

Auf Deutschland wartet ein ernüchterndes Jahrzehnt

Welt, 28.09.2023, Daniel Eckert

https://www.welt.de/wirtschaft/plus247720786/Wirtschaftswachstum-Auf-Deutschland-wartet-ein-ernuechterndes-Jahrzehnt.html?sc_src=email_4917982&sc_lid=499164728&sc_uid=9b9AoAfTYB&sc_lid=3230&sc_cid=4917982&cid=email.crm.redaktion.newsletter.wirtschaft&sc_eh=94c824e22aa172ca1

Die deutsche Wirtschaft wird laut Prognose der führenden Forschungsinstitute in diesem Jahr schrumpfen. Es ist der Beginn einer Zeit ohne großes Wachstum. Hinzu kommen mittelfristig noch Probleme, von denen das Land jahrzehntelang verschont geblieben war.

Die Deutschen werden sich in diesem Jahrzehnt an neue Realitäten gewöhnen müssen, und die sind alles andere als aufbauend. Die deutsche Wirtschaft, die lange als eine der stärksten der Welt galt, wird in den 2020er-Jahren längst nicht mehr die Wachstumsraten erzielen, die vor der Multikrise Gewohnheit waren.

Die „Gemeinschaftsdiagnose“ der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute bezieht sich auf die Konjunktur in diesem und im nächsten Jahr, sie enthält jedoch auch eine Vorschau auf die weiten ökonomischen Perspektiven des Landes – und die dürften für viele ernüchternd sein.

Zwar sehen die Ökonomen auch Hoffnungsschimmer, allerdings warnen sie auch vor Gefahren, mit der Europas größte Volkswirtschaft Deutschland in der Form schon seit Jahrzehnten nicht mehr konfrontiert war. Schon die Ist-Beschreibung und der Ausblick auf die nahe Zukunft sind alles andere als rosig.

Den Instituten zufolge wird das Bruttoinlandsprodukt (BIP), die Summe aller neu geschaffenen Güter und Dienstleistungen, dieses Jahr um 0,6 Prozent sinken – nach Abzug der Inflation. Damit fällt der wirtschaftliche Abschwung 2023 kräftiger aus, als es die Institute noch im Frühjahr für wahrscheinlich hielten. Die Ökonomen haben ihre Prognose um heftige 0,9 Prozentpunkte nach unten korrigiert.

Erwartungen auch für 2024 nach unten korrigiert

Der ganz große Einbruch, der 2022 nach dem russischen Angriff auf die Ukraine befürchtet worden war, dürfte damit zwar ausbleiben. Aber von einer schnellen Erholung nach dem Energiepreisschock kann ebenfalls keine Rede sein. „Der wichtigste Grund ist, dass sich die Industrie und der private Konsum langsamer erholen als im Frühjahr prognostiziert worden war“, heißt es in der Diagnose. Auch für 2024 werden die Erwartungen zurückgeschraubt: Dann soll die deutsche Wirtschaft real um 1,3 Prozent wachsen, ebenfalls weniger, als noch vor einem halben Jahr angenommen.

Die Wachstumserwartungen für 2024 wurden zwar nur um 0,2 Prozentpunkte gesenkt. Das heißt jedoch auch, dass das inflationsbereinigte Bruttoinlandsprodukt Ende nächsten Jahres kaum über den Stand hinausgekommen sein wird, den es 2019, vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie erreicht hatte. Mit einem BIP-Plus

von 1,3 Prozent würde die Bundesrepublik 2024 nur im Mittelfeld liegen, nachdem die deutsche Wirtschaft 2023 das Schlusslicht in der industrialisierten Welt bildet.

Und die bitteren Botschaften gehen weiter: „Im Jahr 2025 wird sich bemerkbar machen, dass das Potenzialwachstum aufgrund der schrumpfenden Erwerbsbevölkerung mittelfristig deutlich zusammenschmilzt“, ist in dem Gutachten zu lesen. Gemeint ist damit, dass ab Mitte des Jahrzehnts altersbedingt mehr Menschen aus dem Berufsleben ausscheiden als nachrücken.

Um ihren Beschäftigungsstand überhaupt aufrecht erhalten zu können, ist Europas größte Volkswirtschaft auf Zuwanderung angewiesen. In welchem Maße dies schon jetzt der Fall ist, machen weitere Zahlen deutlich. Aktuell sind zwar noch 85 Prozent aller Erwerbstätigen hierzulande Deutsche, seit Anfang 2023 sinkt jedoch die absolute Zahl.

„Im Juni lag die Zahl der Beschäftigten mit deutscher Staatsangehörigkeit um 97.000 Personen niedriger als im Juni 2022, die gesamte Beschäftigung war hingegen um 234.000 Personen höher“, rechnen die Institute vor. Das bedeutet, dass die gesamte Zunahme an Erwerbstätigen mittlerweile rechnerisch von Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit getragen wird.

Vor fünf Jahren trugen Ausländer rund 50 Prozent zum Beschäftigungsaufbau bei, im Jahr 2011 nur 20 Prozent. Dazu kommt, dass die Zuwanderer heute verstärkt von außerhalb der Europäischen Union kommen, aus der Ukraine und nicht-europäischen Asylherkunftsländern. In genau dem Maße, wie die geburtenstärkeren Jahrgänge der 1960er-Jahre ins Rentenalter kommen, dürfte sich dieser Effekt verstärken.

„Das Erwerbspersonenpotenzial wird im nächsten Jahr voraussichtlich den Zenit erreichen.“

2024 könnte den Höhe- und Wendepunkt des Jobbooms markieren:

„Alterungsbedingt wird das Erwerbspersonenpotenzial – trotz erwarteter Zuwanderung und fortschreitender Arbeitsmarktpartizipation der ukrainischen Flüchtlinge – im nächsten Jahr voraussichtlich seinen Zenit erreichen.“ Ab 2025 könnte die Erwerbstätigkeit dann zurückgehen.

Die Ökonomen sind sich durchaus bewusst, dass Migration auch auf gesellschaftliche Akzeptanz stoßen muss. In dem Zusammenhang äußern sie die Sorge, dass die politische Polarisierung und teilweise Radikalisierung ökonomisch zu einem Bumerang werden könnte. Seit einiger Zeit gewinne in Deutschland „extremes Gedankengut“ an Boden.

Damit gerate hierzulande in Gefahr, was bis vor Kurzem noch als selbstverständlich galt: nämlich ein gesellschaftliches Klima, welches Haushalten und Unternehmen das Vertrauen gibt, dass Grundregeln der Gesellschaft allgemein akzeptiert werden. Ausdrücklich genannt werden „Selbstverständlichkeiten wie der Respekt vor allen Mitmenschen und vor dem Eigentum sowie der Handlungsfreiheit anderer.“ Die unmittelbaren Konjunkturrisiken, die mit extremem Gedankengut einhergehen, mögen begrenzt sein, schreiben die Forscher, langfristig gehe davon jedoch erhebliche Gefahr für Wachstum und Wohlstand aus.

Die Ökonomen sparen nicht mit Kritik an der Regierung: So habe das „politische Management der Energiewende“ massive Verunsicherung hervorgerufen. Gemeint sein dürfte unter anderem das Hin und Her um das Gebäudeenergiegesetz. Mit dem Vertrauensverlust in die Regierung droht der Standort Deutschland einen seiner großen Vorzüge zu verlieren: Gesellschaftliche Stabilität.

„Die politische Unsicherheit in Deutschland ist hoch“

Tatsächlich zeigt eine Auswertung von Economic Policy Uncertainty, dass die politische Unsicherheit hierzulande deutlich stärker zugenommen hat in anderen Teilen Europas: „Die politische Unsicherheit in Deutschland ist hoch. Daran haben die wirtschaftspolitischen Weichenstellungen der vergangenen Jahre ihren Anteil.“

In dem Zusammenhang warnen die Experten vor weiteren „kleinteiligen Eingriffen in die Entscheidungen der Unternehmen und Haushalte“. Setze die Politik weiter auf Stückwerk, statt auf effiziente marktwirtschaftliche Instrumente wie eine CO₂-Bepreisung und Zertifikatehandel, werde die Energiewende letztlich teurer. Darunter leide die Standortqualität.

Schon jetzt zeigt sich zudem, dass die deutsche Industrie Mühe hat, an ihre alten Erfolge von vor der Krise anzuknüpfen. Die 2020 begonnene Multikrise erweist sich als Zäsur. So liegt die Industrieproduktion hierzulande so deutlich unter dem Vorkrisenstand wie in keiner anderen Volkswirtschaft Europas.

Verantwortlich sind dafür nicht allein politische Fehlentscheidungen. Die Ökonomen machen ein ganzes Bündel von Ursachen aus, darunter lang anhaltende Materialengpässe, der Fachkräftemangel, hohe Energiepreise und eine schwache Weltkonjunktur. Da andere Länder nicht so stark betroffen sind, scheinen strukturelle Gründe die Ursache.

Deutschland produziert weniger, aber hochwertiger

Von einer Deindustrialisierung wollen die Institute allerdings nicht sprechen, das Wort kommt in der 100-seitigen Diagnose nicht vor. Mit 22,3 Prozent ist der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung in Deutschland weiterhin höher als in anderen Volkswirtschaften. So kommt Frankreich nur auf 11,2 Prozent, das Vereinigte Königreich auf weniger als zehn Prozent. Insgesamt werde in Deutschland zwar weniger, dafür aber hochwertiger produziert.

Produktion sei ins Ausland verlagert worden, während Unternehmenszentralen sowie Forschung und Entwicklung im Wesentlichen im Inland geblieben sind. „Das wäre nicht zuletzt Ausdruck erfolgreichen Strukturwandels, denn wirtschaftlicher Erfolg bemisst sich an der Wertschöpfung und nicht an Produktionszahlen“, heißt es im Herbstgutachten.

In einem Punkt sind die Wirtschaftsforschungsinstitute hoffnungsfroh: Das Jahr 2024 könnte eine Belebung des Welthandels bringen, was der Exportnation Deutschland besonders zugutekäme. Zudem könnten kräftig steigende Nettolöhne und -gehälter sowie staatliche Transfers in Verbindung mit einer nachlassender Inflation dynamik kommendes Jahr zu realen Einkommensgewinnen der privaten Haushalte führen.

Das wiederum würde die konsumnahen Wirtschaftsbereiche anschieben, die dieses Jahr enttäuscht haben. Ehe dieses Szenario eintritt, muss allerdings die Inflation deutlich abebben. Nach aktuellem Stand halten die Experten dieses Jahr eine Jahresdurchschnittsrate von 6,1 Prozent für wahrscheinlich, 2024 soll die Teuerung dann bei 2,6 Prozent liegen und 2025 mit 1,9 Prozent knapp unter die Zielmarke der Zentralbank von zwei Prozent fallen. Wie viele andere Prognosen sind diese Vorhersagen jedoch mit großer Unsicherheit behaftet.

Beteiligt an der Gemeinschaftsdiagnose sind das Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), das Ifo-Institut, das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (Wifo), das Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW Kiel), das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), das RWI Essen sowie das Institut für Höhere Studien Wien. Die Diagnose wird zweimal im Jahr im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums erstellt.